

## Pressetermin

### **Gegen Herdprämie: Frauen wollen aktiv ans Geld**

19. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen lehnt  
Betreuungsgeld ab

Finanzen – Fakten – Feminismus: Was muss sich ändern? Ihren Forderungen nach finanzieller und wirtschaftlicher Gleichstellung von Frauen verliehen die 450 Teilnehmerinnen der 19. Bundeskonferenz lautstark Gehör. Zusammen mit einer Marching Band gings trotz strömenden Regens am Dienstagvormittag vom Börsenplatz quer durch die Stadt zum Euro-Zeichen am Willy-Brandt-Platz. Dort wurden die zwölf Frankfurter Sterntalerthesen proklamiert. Sie fassen das zusammen, was mit Blick auf die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen noch immer auf der Tagesordnung steht: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, kostenlose Ganztagsbetreuung für Kinder, bessere Karrierechancen für Frauen.

Die Bundessprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros, Roswitha Bocklage aus Wuppertal und Gabriele Wenner aus Frankfurt, zogen in ihrer Rede am 2. Konferenztag Bilanz aus fünfzig Jahren Gleichstellungsgesetz. „Nur die eigenständige Existenzsicherung schützt Frauen vor finanziellen Notlagen und vor Altersarmut. Die große Mehrheit der Frauen will, genauso wie die Männer auch, ihre qualifizierte Schul- und Berufsausbildung oder ihr Studium auch in einem angemessen bezahlten Job umsetzen“, so Gabriele Wenner, Leiterin des Frankfurter Frauenreferats und Gastgeberin der diesjährigen Bundeskonferenz. Laut Wenner verhindern lange Ausstiegszeiten aus dem Beruf das berufliche Fortkommen und Karrierechancen von Frauen. Und das angesichts der Tatsache, dass die Wirtschaft „angesichts der demographischen Entwicklung nur mit mehr weiblichen Fachkräften wettbewerbsfähig ist“. So belegt die McKinsey-Studie „Women matter“, dass Frauen Firmen mit vielen Frauen auf den Chefsesseln eine bis zu 53 Prozent höhere Eigenkapitalrendite erzielen als Firmen ohne eine Frau im Vorstand. Zudem zeigte die Untersuchung, dass gemischte Führungsteams sowohl ökonomisch als auch von der Unternehmenskultur her signifikant erfolgreicher sind. Wo mindestens drei Frauen im Vorstand sind, steigen die Erträge nachweislich.

Bocklage und Wenner zogen auch Bilanz in eigener Sache. „Gefühlte und tatsächliche Verbesserungen rechtfertigen mitnichten, Gleichstellungsstellen und Frauenbüros zu schließen und die Finanzierung von Beratungsstellen, Frauenhäusern und Koordinationsstellen für Gesundheit einzustellen“, fasste Roswitha Bocklage, Leiterin der Gleichstellungsstelle Wuppertal, die aktuelle Situation zusammen. Auch zukünftig geht es nach den Sprecherinnen darum, sich konsequent für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen und für ein gewaltfreies Leben stark zu machen.

In ihrer nichtöffentlichen Sitzung befasste sich die Bundeskonferenz mit verschiedenen Anträgen der einzelnen Landesarbeitsgemeinschaften. Der Antrag der LAG Sachsen auf Ablehnung des Betreuungsgeldes, der so genannten „Herdprämie“, wurde einstimmig angenommen. Begründet wird die Ablehnung damit, dass durch das Betreuungsgeld einerseits das Fernbleiben der Kinder von Bildungseinrichtungen und andererseits ein langer Ausstieg von Müttern aus dem Erwerbsleben gefördert werden, ohne die finanzielle Lage der Familie wesentlich zu verbessern. Die Bundeskonferenz endete mit der turnusmäßigen Wahl von fünf neuen Bundessprecherinnen. Die nächste Bundeskonferenz wird 2010 in Wuppertal stattfinden.

Nähere Informationen: Gabriele Wenner, Leiterin des Frankfurter Frauenreferats, Telefon: 069/212-36362, E-Mail: [gabriele.wenner@stadt-frankfurt.de](mailto:gabriele.wenner@stadt-frankfurt.de).